

„Netzwerk Wissenschaftsfreiheit“

Denunzieren, agitieren, eskalieren

Wissenschaftler*innen schließen sich zusammen, um Fragestellungen zu verfolgen, ihre Karrieren zu befördern oder auch Wissenschaftspolitik zu betreiben. Seit Februar 2021 existiert das „Netzwerk Wissenschaftsfreiheit e.V.“ als Interessenverbund von über 700 Wissenschaftler*innen, fast alle mit Professuren ausgestattet. Es gibt vor, die Freiheit der Wissenschaften zu verteidigen. Gegen wen oder was aber wird sie verteidigt? Der kürzlich im Nomos-Verlag erschienene Sammelband „Wissenschaftsfreiheit“, herausgegeben von der Netzwerkvorsitzenden Sandra Kostner, will darüber Auskunft geben. In zwölf Beiträgen liest man von „Tabuzonen wissenschaftlicher Auseinandersetzung“, von „politischen Aktivisten, die staatlich finanzierte Ideologieproduktion betreiben“ und von einer „identitätslinken Läuterungsagenda“. Allesamt erzeugten diese eine „postmodern legitimierte und aktivistisch generierte Wissenschaftsunfreiheit“, wie Barbara Holland-Cunz im Band behauptet.

Es sind schrille Formulierungen, die eine umfängliche Einschränkung der Wissenschaften quer durch die Akademie plausibel machen wollen. Der Raum des Sagbaren werde verengt, so die Hauptthese des Bandes, und die vermeintlich Schuldigen werden von gut der Hälfte der Beiträge in aller Deutlichkeit benannt: Eine „postkolonial-queer-feministische Gegen-Aufklärung“, gegen die man, so der Historiker Alexander Zinn, die Freiheit martialisch „zurückerobern“ müsse.

Kampf gegen „neue Religion“

Es ist die überzeichnende Sprache des Antigenderismus, des Ressentiments gegen die Geschlechterforschung, die zum Ausdruck kommt. Die Wissenschaftsfreiheit werde nicht von Sparzwang oder Dauerbefristung bedroht, sondern zuerst durch den „Kult um Judith Butler“ und die „ideologischen Traumwelten“ der Gender Studies. Ebenso schuld sei die „neue Religion“ des Antirassismus, betrieben von „Agendawissenschaftlern“ und „Schuldentrepreneuren“, ausgestattet mit einem „völlig zerrütteten Verhältnis zur Wirklichkeit“, wie im Beitrag von Vojin Sasa Vukadinovic nachzulesen ist.

Gut die Hälfte des Bands besteht aus solchen Angriffen auf die Geschlechterforschung und verwandter Felder, wie sie aus dem rechtspopulistischen Lager lange bekannt sind. Hier jedoch erscheinen sie in einer wissenschaftlichen Publikation. So rekonstruiert Barbara Holland-Cunz, selbst Gender Studies-Emerita, einige Auseinandersetzungen der Frauen- und Geschlechterforschung seit den 1970er Jahren, um in der plumpen These zu enden, dass die Gender Studies nun bei „sektiererischer Hermetik“ gelandet seien und damit die Zustände des alten Patriarchats an die Universitäten zurückbringen würden.

„Sekten“, „Kulte“, „Aktivisten“ – ähnliche Feindkonstruktionen werden in den Beiträgen von Stefan Luft für die Migrationsforschung und Inken Prohl für die „woke“ Religionswissenschaft wiederholt oder auch ohne jeden Beleg in bloße denunziatorische Polemik überführt. So heißt es in den Texten von Zinn und Vukadinovic, Forscher*innen der Gender Studies seien „unprofessionell“ und „durchideologisiert“, von „typischem Narzissmus“ und „Empathielosigkeit“ geprägt und ihre Anhänger*innen „mit Argumenten nicht mehr erreichbar“. Historische Vergleiche dienen als Fassade für revisionistische Verunglimpfung: Zinns Beitrag stellt die Theoretiker*in Judith Butler in eine Reihe mit Hans Blüher, Protagonist der völkischen und präfaschistischen Wandervogelbewegung – und suggeriert damit eine Nähe der Gender- und Queertheorie zum deutschen Faschismus.

Forscher als „Fanatiker“

In diesen Niederungen des Bandes, wo Kritiker*innen als „akademische Neider“ bezeichnet werden, greift kein wissenschaftliches Kriterium mehr – ihr Punkt ist die pure Denunziation. Das ist bemerkenswert für Mitglieder eines akademischen Netzwerks, das sich einer von „gegenseitigem Respekt geprägten Debattenkultur“ verschrieben hat, wie auf der Webseite des Vereins zu lesen ist.

Mit diesem Nebeneinander von Eskalation und wissenschaftlich Argumentierbarem steht der Band nicht allein, sondern ist repräsentativ für eine Reihe von Veröffentlichungen aus diesem Umfeld. Im Blog des Netzwerks formulieren namhafte Professoren Angriffe auf Personen und Organisationen, stets im Namen vermeintlicher Wissenschaftsfreiheit. Der Philosoph Dieter Schönecker bezeichnet in einer Rezension den Literaturwissenschaftler Adrian Daub als „Fanatiker“; zwei Juraprofessoren fühlen sich angesichts der Trennung des C.H. Beck Verlags von

Hans-Georg Maaßen an die nationalsozialistischen Bücherverbrennungen erinnert – eben jener Maaßen, gegen den die CDU wegen seiner Aussagen derzeit ein Parteiausschlussverfahren anstrengt.

Es ist ein spezifischer Zynismus, der diese Texte der Mitglieder des „Netzwerk Wissenschaftsfreiheit“ auszeichnet: Sie geben vor, gegen Sprech- und Denkverbote zu kämpfen, und lassen dabei neue Dimensionen an Polemik und Eskalation sagbar werden. Jegliche Abwertung – insbesondere der unliebsamen Gender Studies und ihrer Vertreter*innen – ist zulässig, als Geste der „Freiheitlichkeit“ sogar gewollt. Im Ergebnis publiziert das Netzwerk eine üble Melange aus politischer Agitation, akademischer Form und übergriffigem Inhalt – veredelt als wissenschaftliche Publikation.

Lektorate werden unterlaufen

Mit dieser Vermischung betreibt beispielsweise das Netzwerkmitglied Vojin Sasa Vukadinovic, selbst Absolvent der Gender Studies, eine erfolgreiche Publikationsoffensive. Seit 2018 hat er acht Bücher herausgegeben, die mit einem festen Kreis an Autor*innen Themengebiete wie queere Politik, Rassismus oder Neue Rechte behandeln. Zwischen teilweise relevanten Argumenten platziert Vukadinovic in ständiger Wiederholung die gleichen Beleidigungen, überwiegend persönlich gegen prominente Forscher*innen der Gender Studies gerichtet: sie produzierten „Pseudoforschung“, „Kolportage“ oder „Absonderliches“, sie seien wahlweise „selbstmitleidig“ oder „vulgärrassistisch“, oder litten an „kognitiver akademischer Dissonanz“.

Als Autor und Herausgeber von Fachbüchern und als Journalist hat sich Vukadinovic als Antigender-Fachstimme etabliert. Seine Texte polemisieren und behaupten, zitieren gerne die eigenen Bücher, und speisen persönliche Schmähungen in das Format Fachtext ein. Mit dieser Camouflage unterläuft Vukadinovic auch die Lektorate namhafter Wissenschaftsverlage, die solche Verstöße gegen wissenschaftliche Praxis oft nach externen Beschwerden entdecken.

Man kann die Arbeit des „Netzwerks Wissenschaftsfreiheit“ als schlechten wissenschaftlichen Stil abtun, oder die Veröffentlichungen als „Privatmeinungen“ relativieren, wie es Netzwerkmitgründer Dieter Schönecker auf einer Veranstaltung in Siegen tat. Angesichts zahlreicher Publikationen und Interventionen – auch aus öffentlichen Geldern gefördert – stellt sich aber die Frage, ob dieses akademische Beleidigungsunternehmen nicht genau das darstellt, was es verurteilen will: einen politisch motivierten Aktivismus, der mit wissenschaftlichem Erkenntnisgewinn wenig zu tun hat.

Augenfällig wird das aktivistische Moment am Netzwerkmitglied Andreas Rödder, Professor für Neueste Geschichte an der Universität Mainz. Rödder hat die Cancel-Culture-Diskurse des Netzwerks in die „Denkfabrik R21“ überführt – ein Thinktank, der explizit kulturkämpferische Positionen vertritt. In direkter Nähe zur CDU richtet sich R21 gegen die Gefährdung „der offenen Gesellschaft und des Wohlstands durch links“, „gruppenbezogene Identitätspolitik“ und „Cancel Culture“. Rödders Initiative kleidet solchen politischen Aktivismus in akademischen Habitus, zuletzt mit Netzwerkkolleg*innen auf einer Konferenz unter dem Titel „Wokes Deutschland“.

Polemik ersetzt Debatte

Als Wissenschaftler*innen, die selbst zur Geschlechterforschung beitragen, überraschen uns diese Beleidigungen und Anfeindungen nicht. Bedenklich scheint uns ihr Äußerungsort: Über 700 Wissenschaftler*innen, größtenteils mit Lehrstuhl, haben sich in einem Netzwerk zusammengeschlossen, dessen Einwürfe gegen Geschlechter- und Rassismusforschung den parlamentarischen Aktivitäten der AfD wenig nachstehen.

Die Abschaffung der „Gender Forschung“ steht im Grundsatzprogramm der Partei. Das „Netzwerk Wissenschaftsfreiheit“ trägt diesen politischen Antigenderismus und seine persönlichen Attacks in die Universität, unter Berufung auf die „rationale Debatte“ und aus der sicheren Position der Verbeamtung heraus. Was wir an Verunglimpfungen und eskalierender Polemik von Twitter, aus Kommentarspalten und anonymen E-Mails kennen, kommt nun von Lehrstuhlinhaber*innen, Vorgesetzten und Gremienmitgliedern.

Die materiellen Grundlagen dieser Diskursträger*innen, die sich durch die „woken Wissenschaftsfeinde“ zensiert fühlen, sprechen für sich: Der Siegener Philosophieprofessor Dieter Schönecker kann öffentlich von „akademischer Verbannung“ sprechen und die daran Schuldigen benennen. Zugleich kann er sich über 1,8 Millionen Landesförderung für das „Digitale Kant-Zentrum“ freuen, dessen Sprecher er ist. Hier zeigt sich eine mögliche Motivation derjenigen, die die Einschränkung des Sagbaren durch „Butler-Jünger“ und andere Schreckgespenster beklagen: Sie sind nicht nur überwiegend abgesicherte Beamte, sondern befinden sich im Wettbewerb um Drittmittel, Forschungsgelder, Posten.

Das Netzwerk macht auch die Effekte der Neoliberalisierung der Hochschulen deutlich: Wissenschaftliche Zusammenarbeit und Debatte werden ersetzt durch Polemik, Anfeindung und Brutalität. Im Kampf um Drittmittel und Gremienhoheit wird die Abwertung der Konkurrenz als „Pseudoforschung“ oder „Kult“ zum geeigneten Mittel.

Das Netzwerk zeigt sich weniger als freiheitsliebend, sondern als durchaus mächtige Lobbygruppe von Lehrstuhlinhaber*innen, die ein aggressives Agitieren gegen Gender Studies, Queer Theory und Rassismusforschung

zum Arbeitsschwerpunkt erhoben haben. Es geht hier nicht um Wissenschaft, sondern um Aktivismus und den Machterhalt einiger akademischer Eliten. Der Superslogan „Freiheit der Wissenschaft“ ermöglicht den schnellen Schritt von der strategischen Provokation zur einstudierten Rolle als Opfer der „Cancel Culture“, und weiter zur Feindbestimmung und persönlichen Abwertung. Das alles hat mit Respekt, Forschungsfreiheit oder Erkenntnisinteresse nichts zu tun, sondern ist Aktivismus im akademischen Verdrängungskampf.

Ein Netzwerk kämpft gegen eine vermeintliche „postkolonial-queer-feministische Gegen-Aufklärung“ – mit fragwürdigem Debattenstil.

Wer dem Verein widerspricht, wird als „selbstmitleidig“ und „vulgärrassistisch“ diffamiert.

Zitat

Im Ergebnis publiziert das Netzwerk eine üble Melange aus politischer Agitation, akademischer Form und übergriffigem Inhalt – veredelt als wissenschaftliche Publikation.

Simon Strick und Johanna Schaffer

Autorenprofil

Simon Strick ist Medien- und Genderforscher am Brandenburgischen Zentrum für Medienwissenschaften in Potsdam, Johanna Schaffer ist Professorin für die Theorie und Praxis der Visuellen Kommunikation an der Kunsthochschule Kassel.

Zahl des Tages

700

Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler haben sich dem Netzwerk Wissenschaftsfreiheit e.V. angeschlossen

Simon Strick Johanna Schaffer

Quelle: Der Tagesspiegel vom 23.02.2023, Seite 12

Ressort: Wissenschaft

Dokumentnummer: doc7p1n1dyz13rx73h06nz

Dauerhafte Adresse des Dokuments: https://bib-voebb.genios.de/document/TSP__13c40889be3523f2bea2ef0c2ca9f668a093f792

Alle Rechte vorbehalten: (c) Verlag Der Tagesspiegel GmbH